

Beratungsfolge	Sitzung am
Integrationsrat	09.11.2010
Gleichstellungsbeirat	10.11.2010
Ausschuss für Bürger-, Senioren- und Sozialangelegenheiten	15.11.2010
Ausschuss für Schule und Jugend	16.11.2010
Rat	25.11.2010

Vorlagen-Nr.	10/257	Zustelldatum		Federführung	Fachbereich 4
--------------	--------	--------------	--	--------------	---------------

**Berichtsvorlage**

**öffentlich**

Bericht
<p>Der folgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.</p>

Herten,

Bürgermeister / Beigeordneter / FBL

## Armuts- und Reichtumsbericht 2009

- Fortschreibung zum Stichtag 31.12.2009

### 1. Ausgangslage

Das Thema „Armut und Reichtum“ wird in Herten seit 2006 als jährliche Datenerhebung verfolgt.

Schon frühzeitig wurde festgestellt, dass es in Herten eine gute Vernetzung mit unterschiedlichen Trägern und Institutionen gibt. Sie eröffnet Chancen, sozial benachteiligte Zielgruppen besser und frühzeitiger zu erreichen. An der Optimierung dieses bereits aufgebauten Netzwerkes wird kontinuierlich gearbeitet. Chancengleichheit und Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten sollen im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten in Herten erreicht werden.

Leistungsgerechte Rahmenbedingungen einschließlich der Bereitstellung der finanziellen Mittel werden jedoch i. d. R. auf Bundes- oder Landesebene entschieden. Örtliche Spielräume sind insbesondere durch finanzielle Einschränkungen selten gegeben.

Der Focus liegt damit auf der Datenberichterstattung -Spiegelung der örtlichen Entwicklung- und deren Kommentierung.

Anmerkungen gab es in der Vergangenheit zur eingeschränkten Berichterstattung zum Thema „Reichtum“.

Hierzu erfolgt nunmehr ein ausführlicher Bericht.

### 2. Reichtum

Die Suche nach Zahlenmaterial über Millionäre in Deutschland ist mühsam. Es gibt nicht nur „versteckte Armut“, sondern auch „versteckten“ Reichtum. Derart wenige Daten sind zu finden.

Im Sinne der Definition des Dudens bezieht sich das Wort **Reichtum** auf die Verfügbarkeit von materiellen oder immateriellen Gütern, welche das Leben bereichern. Es wird häufig quantitativ auf Geld und Besitztümer bezogen, lässt sich aber grundsätzlich nicht auf materielle Güter reduzieren.

Als Indikator für Wohlstand und Reichtum ist **Vermögen** eher noch wichtiger als das Einkommen. Vermögen kann als Sicherheit dienen und zeitlich begrenzte Einkommensausfälle ausgleichen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) lag das **gesamte Bruttovermögen** der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2007 bei rund 8 Billionen Euro. Grund- und Immobilienbesitz machte dabei mit 5,3 Billionen Euro den größten Teil aus. Im Vergleich zu 2002 wuchs der Wert des Bruttovermögens um mehr als 1,1 Billionen Euro. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte -vorrangig Konsum- und Hypothekenkredite- beliefen sich im Jahr 2007 auf gut 1,4 Billionen Euro. Die Zahlen 2007 sind die aktuell zur Verfügung stehenden Zahlen, Zahlen für die Jahre 2008 ff liegen komplett noch nicht vor. Nach Abzug dieser Verbindlichkeiten ergibt sich ein **Nettovermögen** der privaten Haushalte von insgesamt 6,6 Billionen Euro.

Das Nettovermögen ist sehr ungleich verteilt. Werden die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet und dann in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt, so zeigt sich für das Jahr 2007, dass das reichste Zehntel über 61,1 Prozent des gesamten Vermögens verfügte. Auf der anderen Seite verfügten große Teile der erwachsenen Bevölkerung über kein Vermögen oder waren sogar verschuldet. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im obersten Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte 2007 dagegen niedriger.

Im Jahr 1998 besaßen 50 Prozent der „unteren“ Haushalte noch 3,9 Prozent Anteile des Vermögens, das reichste Zehntel 44,4 Prozent.

	2002	2007
1. Dezil	-1,2	-1,6 *
2. Dezil	0,0	0,0
3. Dezil	0,0	0,0
4. Dezil	0,4	0,4
5. Dezil	1,3	1,2
6. Dezil	2,8	2,8
7. Dezil	7,0	6,0
8. Dezil	11,8	11,1
9. Dezil	19,9	19,0
10. Dezil	57,9	61,1

Im 1. Dezil übersteigen die Schulden das Vermögen.

Armut und Reichtum sind die zwei Pole der Vermögensverteilung. Vermögensarmut wird oft als Vermögenslosigkeit dargestellt. Ein Haushalt, der über Bruttovermögen verfügt, kann über so viele Schulden verfügen, dass sie das Vermögen übersteigt. Tendenziell verfügen immer mehr private Haushalte über kein Vermögen.

Aufgezeigt wird in der dargestellten Tabelle, dass drei Zehntel der Bevölkerung im Jahr 2007 über kein Vermögen, bzw. über Schulden verfügten.

Die Frage nach der „mittleren Kaufkraft“ lässt sich auch aus der Sicht des Vermögens stellen. Die Deutsche Bundesbank weiß genau, wie viel Geld in Deutschland vorhanden ist. Bezeichnet wird die Menge des Geldes, die hier gemeint ist, als Geldmenge M1 (Bargeld, Girokontenguthaben, Tagesgeldkonten.) Bei der sog. Geldmenge M2 sind Termin- und Spargelder und bei der Geldmenge M3 weitere geldähnliche Forderungen hinzugerechnet. Im Januar 2008 betrug die Geldmenge M1 960,6 Mrd. Euro. Zur Ermittlung der mittleren Kaufkraft wird die Geldmenge durch die Zahl der Haushalte in Deutschland geteilt (39.767.000), so dass sich eine durchschnittliche Kaufkraft pro Haushalt in Höhe von 24.086 Euro ergibt.

Bei diesem Betrag handelt es sich nicht um ein Monats- oder Jahreseinkommen, sondern um das in dieser Sekunde aktuell vorhandene Geld. Das Geld ist – wenn man die Volkswirtschaft insgesamt betrachtet – vorhanden und steht statistisch gesehen, jedem Haushalt zur Verfügung. Zur Mittelschicht gehören zu dem Zeitpunkt demnach Haushalte, die aktuell über Bargeld und Guthaben auf dem Giro- oder Tagesgeldkonto – kein Sparkonto, kein Termingeld, keine Wertpapiere oder ähnliches – verfügten in Höhe von 24.086 Euro. Auf Grund dieser Definition gehört damit ein Großteil der Bevölkerung nicht zur Mittelschicht.

Werden Termin- und Spargelder mitgerechnet, also die Geldmenge M3, so lag im Januar 2008 der Betrag bei 2.039,3 Mrd. Euro, so dass der mittlere Betrag pro Haushalt 51.281 Euro betrug.

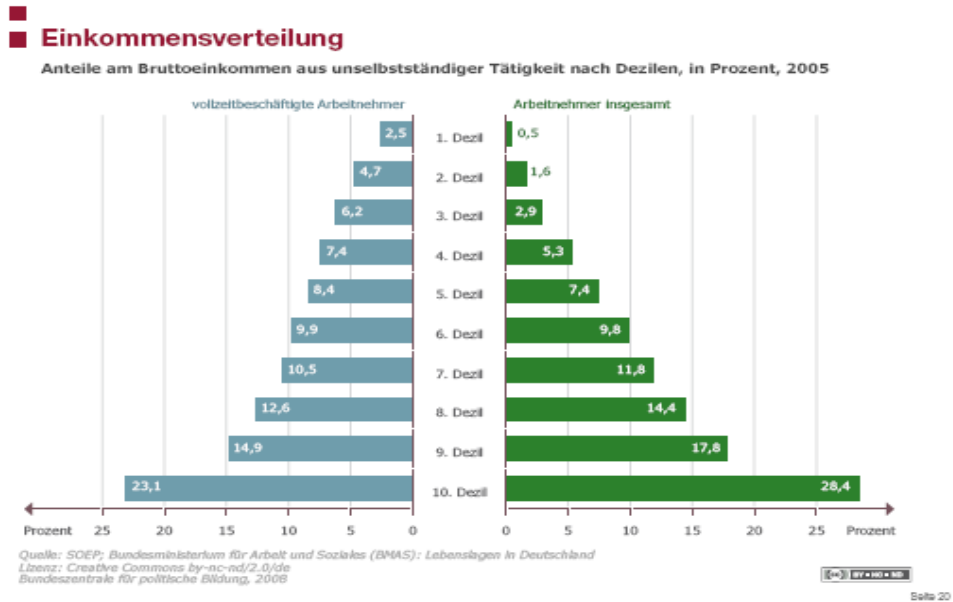
**Allerdings ist diese Betrachtung eher für die Finanzexperten relevant.** Bei „durchschnittlichen“ Geldbeträgen wird eher an Einkommen und nicht an aktuell vorhandenes Geld gedacht.

Die Frage nach der Mittelschicht wird in der Regel nach dem **Einkommen** beantwortet.

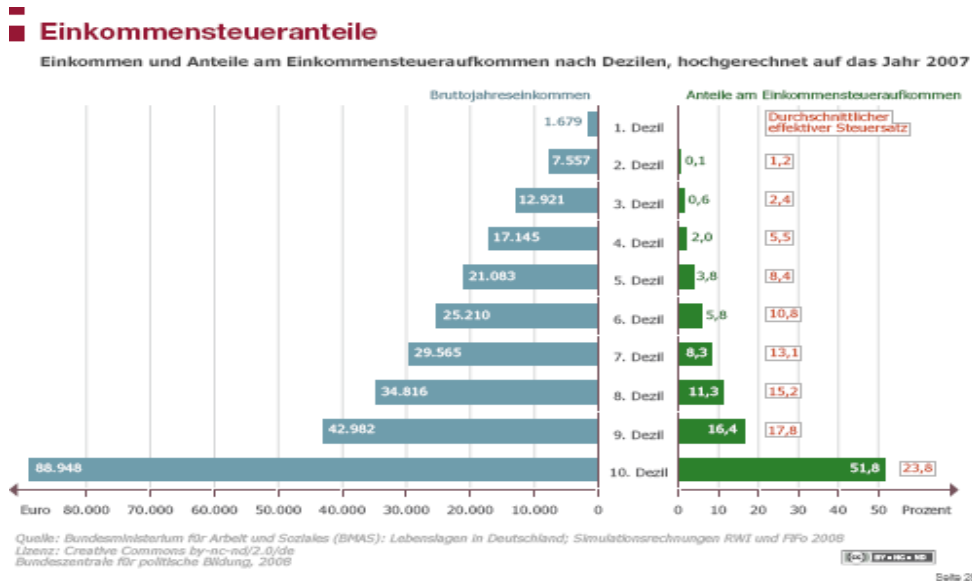
Grundlage der **Einkommensverteilung** sind zunächst die Markteinkommen (Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen), die im Wirtschaftsprozess erzielt werden. Mit rund zwei Dritteln machen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit den größten Anteil aus. Für die Berechnung der Anteile am Bruttoeinkommen nach Dezilen werden zunächst alle Einkommen aufsteigend nach der Höhe sortiert. Dann wird die Verteilung in 10 gleich große Teile (Dezile) zerlegt und

für jedes Dezil die Summe der Einkommen berechnet. Anschließend wird der Einkommensanteil der einzelnen Dezile an allen Einkommen berechnet.

Im Jahr 2005 hatten die 10 Prozent der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Bruttoeinkommen einen Einkommensanteil von 2,5 Prozent. Die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen (10. Dezil) hatten hingegen einen Einkommensanteil von 23,1 Prozent – der Einkommensanteil war damit höher als der Anteil der unteren vier Dezile (20,8 Prozent)



Die tatsächliche steuerliche Belastung des Bruttoeinkommens wird als effektiver Steuersatz bezeichnet. Durch die so genannte Steuerprogression steigt die effektive Steuerbelastung mit steigendem Bruttoeinkommen. Im Jahr 2007 hatten die obersten 10 Prozent der Einkommensteuerverpflichtigen einen Anteil von 51,8 Prozent am gesamten **Einkommensteueraufkommen**. Bei den untersten 50 Prozent der Einkommenssteuerverpflichtigen (1. bis einschließlich 5. Dezil) lag der entsprechende Anteil bei lediglich 6,5 Prozent.



Trotz der Gestaltungs- und Steuervermeidungsmöglichkeiten tragen die EinkommensbezieherInnen mit den höchsten Einkommen einen Großteil der Steuerlast.

Die Stadt Herten gehört zum Finanzamtsbezirk des Kreises Recklinghausen. Die Daten –wie das Steueraufkommen– werden für den gesamten Finanzamtsbezirk als kleinste Einheit ermittelt. Konkrete Daten für die Stadt Herten stehen daher nicht zur Verfügung.

Das Gesamtsteueraufkommen errechnet sich aus den Besitz- und Verkehrssteuern, die sich aufteilen in die Steuerarten: Lohn-, Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz- und KFZ–Steuer.

Das Gesamtsteueraufkommen im Finanzamtsbezirk betrug in den Jahren

2008	Gesamtsteueraufkommen: 995.202 (in TDM/ T-Euro)
2009	Gesamtsteueraufkommen: 998.003 (in TDM/ T-Euro)

Die Daten bei den Großverdienern und Einkommensmillionären stehen aktuell nicht zur Verfügung, sie beruhen auf den Ergebnissen der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 2004. Mit einer aktuelleren Statistik ist im Jahr 2011 zu rechnen.

Gebiet	Großverdiener		Einkommensmillionäre	
	30.06.06	31.12.07	30.06.06	31.12.07
Nordrhein-Westfalen	8.995	8.045	3.082	2.585
Kreis Recklinghausen	160	127	50	30
Stadt Herten	11	--*	3	--*

Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 500.000 € und mehr gelten als "Großverdiener" bzw. ab einer Million Euro als "Einkommensmillionäre".

\*Die Werte für Herten unterliegen dem Steuergeheimnis, weil dort möglicherweise weniger als 3 Steuerpflichtige in einer Größenklasse verzeichnet sind.

(Quelle: LDS NRW, Stand 2004, Erfassung der Daten alle 5-6 Jahre).

Die vorgenannten Ausführungen machen deutlich, dass die wissenschaftlich ermittelten Zahlen keinen konkreten Bezug zu Herten darstellen. Aus diesem Grunde wird auf eine weitere Ausführung in den nächsten Jahren verzichtet.

Vorläufige Ergebnisse liegen dem statistischen Landesamt über das Primär- (=Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen) und verfügbare Einkommen (Einkommen, das den privaten Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht) der privaten Haushalte in NRW für die Jahre 2004 bis 2008 vor.

Im Jahr 2008 betrug das vorläufige durchschnittliche Einkommen, das jede/r EinwohnerIn in NRW rein rechnerisch zur Verfügung hatte, **19.837 Euro**. Dieses Einkommen steht durchschnittlich für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung.

Im **Kreis Recklinghausen** zeigen sich für die kreisangehörigen Gemeinden folgende Ergebnisse in einer Rangliste von 1 – 396:

Rangziffer	Stadt	Verfügbares Einkommen
1	Attendorn (Kreis Olpe)	48.814
170	Dorsten	19.973
184	Haltern	19.669
271	Waltrop	18.558
287	Recklinghausen, Stadt	18.311
316	Datteln	17.761
332	Castrop-Rauxel	17.607
344	Herten	17.363
352	Marl	17.206
363	Gladbeck	16.814
373	Oer-Erkenschwick	16.367
396	Selfkant (Kreis Heinsberg)	14.172
Durchschnittliches Einkommen im Kreis Recklinghausen		17.973

Damit steht den EinwohnerInnen in Herten weniger Geld zur Verfügung als in vielen anderen Regionen.

### **3. Fortschreibung der Datenerhebung – Stichtag 31.12.2009**

Die örtliche Datenberichterstattung (s. Anlage) als Instrument der „Stadtbeobachtung“, wird fortgeschrieben.

#### **3. Arbeitslosigkeit**

Die Arbeitslosenquote sank im Dezember 2009 im Vergleich zum Vorjahr spürbar von 12,5 % auf 10,5 %. Insbesondere durch das beschlossene Konjunkturprogramm auf Bundesebene stellt sich bei den Zahlen ein positiver Verlauf dar. Zusätzlich starteten verstärkt Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die insgesamt die positive Bilanz unterstützten.

#### **4. Soziale Hilfen und Leistungen**

Große Schwankungen sind im Bereich der Wohngeldzahlung zu verzeichnen. Durch eine Gesetzesänderung im Jahre 2009 wurden die anzurechnenden Einkommens- und Mietgrenzen erhöht, zeitgleich aber auch die Anrechnung eines Heizkostenzuschlages eingeführt. Der Personenkreis der Anspruchsberechtigten erhöhte sich damit um 37 %. Zurzeit wird keine große Veränderung dieser Entwicklung erwartet.

#### **4.2 Schuldnerberatung**

Die Zahlen der Schuldnerberatung stiegen in den letzten Jahren stetig an. Ein großer Anstieg zeigt sich hier besonders bei den BezieherInnen von Arbeitslosengeld I und II. Insbesondere durch Arbeitslosigkeit, aber auch durch kritische Lebensereignisse geraten immer mehr Menschen in finanzielle Not. Auffälligerweise steigen jedoch nicht nur die Gläubigerzahlen, sondern die Verschuldungsgrenze insgesamt.

#### **5.5/**

#### **5.6 Darlehn für Energie- und Mietrückstände**

Die angestiegene Zahl der Darlehnsvergabe zur Übernahme von Energie- und Mietrückständen ist auffällig. Entsprechend des Wunsches des Ausschusses für Bürger-, Senioren- und Sozialangelegenheiten wurde erstmalig für diese Hilfen eine Aufschlüsselung nach Haushaltsstrukturen aufgenommen, die in den folgenden Jahren fortgeführt wird.

Die Zahlen für 2010 zeigen schon jetzt eine steigende Tendenz, wobei die Kosten für den letzten langen Winter noch nicht vorliegen und eingerechnet werden konnten.

Neben dieser besonders drastisch gestiegenen Zahl ist festzustellen, dass für unter 25-jährige Personen beiderlei Geschlechts zusätzliche geeignete Unterbringungsmöglichkeiten fehlen. Und das, obwohl der Wohnungsmarkt in Herten als insgesamt weiterhin entspannt anzusehen ist. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, dass unter 25-jährige Personen, die ALG II-Leistungen beziehen, in der Regel keinen Anspruch auf eine eigene Wohnung haben. Sie müssen bei den Eltern wohnen.

#### **4. Kinderarmut und Hilfen zur Erziehung**

In den vergangenen Jahren wurde bundesweit über einen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der erzieherischen Hilfen des Jugendamtes beobachtet. Hiervon ist auch Herten betroffen.

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Ein Grund ist sicherlich die veränderte wirtschaftliche Lage und Anstieg der Familien, die von Armut betroffen sind.

In der Sitzung des Vorstandes Städtetag NRW am 24.09.09 in Köln wurde berichtet:

*„In den vergangenen Jahren ist in NRW im Bereich der Jugendhilfe ein kontinuierlicher und deutlicher Anstieg der Kosten der Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff SGB VIII) festzustellen. Es handelt sich dabei nicht um eine singuläre Problematik in einzelnen Kommunen, sondern um ein flächendeckendes Phänomen, welches zu einer enormen Belastung der kommunalen Haushalte führt. Die nordrheinwestfälische Entwicklung ist dabei nicht isoliert zu sehen, sondern entspricht einem bundesweiten Trend. In einzelnen Großstädten in NRW ist in den letzten drei Jahren mehr als eine Verdoppelung der Fallzahlen zu registrieren. Die Ursachen hierfür sind insbesondere auf sozialstrukturelle Gründe zurückzuführen wie beispielsweise wirtschaftliche Probleme in Familien, Verarmung, Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Auflösung stabiler familiärer Strukturen durch Trennung oder Scheidung der Eltern, berufliche Perspektivlosigkeit junger Menschen, Überforderung von Eltern bei der Erziehung, Zunahme Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung, Kindeswohlgefährdung, etc.“*

Es ist davon auszugehen, dass die wirtschaftlichen Lebensbedingungen von Familien sich auch auf den Alltag und dem Freizeitverhalten auswirken. Der Verlust der Arbeit und Abhängigkeit von Transferleistungen bedeutet für die Betroffene eine völlige Veränderung ihrer bisherigen Lebensvorstellung und Gestaltung. Der ständige finanzielle Druck kann zu Unzufriedenheit, Versagensgefühlen bis zur völligen sozialen Isolation führen. Die Kinder spüren die Spannungen und Sorgen der Erwachsenen und reagieren entsprechend. Kostenintensive Freizeitaktivitäten, Schulausflüge, moderne Markenkleidung – auf all das müssen sie oft verzichten. Sie selbst fühlen sich gegenüber ihren Mitschülern ausgegrenzt und zurückgesetzt.

Nicht selten kommt es zu Beziehungskrisen der Eltern und Ehescheidungen. Ganze Familiensysteme brechen auseinander. Für die Kinder bedeutet dies eine enorme Belastung und Verunsicherung. Armut kann in Familien die Folge haben, dass grundlegende Bedürfnisse von Kindern auf Erziehung und Bildung nur unzureichend erfüllt werden. Sind Eltern so sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, haben sie keine Kraft und Zeit, die Bedürfnisse ihrer Kinder wahrzunehmen und darauf einzugehen. Sie sind mit der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder überfordert, was zu mangelnder Erziehung, Vernachlässigung und Misshandlung führen kann.

Aufgabe der Jugendhilfe in dieser Situation ist, Familien durch eine Vielzahl von möglichen ambulanten und stationären Hilfen zu unterstützen.

Der Bedarf an ambulanten Hilfen (z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe, soziale Gruppenarbeit) und stationären Hilfen (Heim und Pflegefamilien) ist in den letzten Jahren gestiegen.

#### **5. Sachstand zu den Prüfaufträgen**

##### 5.1 Einrichtung eines Sozialtelefons

Bei der Durchführung des zweiten „Runden Tisches“ am 05. November 2009 über Kinder – und Familienarmut wurde die Forderung nach einem Sozialtelefon formuliert. Recherchen in dieser Richtung ergaben, dass noch keine Kommune eine solche Einrichtung geschaffen hatte. Lediglich die Einrichtung von Service-Nummern – wie z. B. in Berlin mit der Nummer 115 – erfolgte in wenigen Städten, als direkter Draht in die Verwaltung zur Klärung allgemeiner Auskünfte und Dienstleistungen.

Eine Konzentration und Vernetzung sozialer Leistungen an einer Stelle erfolgt damit nicht.

Mit einer Vorlage im September 2010 berichtete der Kreis Recklinghausen über das weitere Vorgehen und der Entwicklung des Kreises Recklinghausen zum Optionsmodell der Arbeitsgemeinschaften. Ein Bestandteil der Option bildet das „Haus der Sozialen Leistungen“

Hier sollen Lotsen u. a. Informationen aus unterschiedlichen Bereichen weiterreichen, den Austausch unter den Fachleuten sicherstellen und Ansprüche von Kunden klären.

Die vorhandenen Informationen beziehen sich auf die Bereiche Jugend-, Schul- und Wohnungsamt, Renten- und Unterhaltsberatung, Vestische Arbeit, Asylbereich, Grundsicherung, Schwerbehindertenangelegenheiten, Beratungs- und Info-Center Pflege.

Die Einrichtung von entsprechenden Lotsen-Stellen im Rahmen dieses Optionsmodells ist auch bei der Stadt Herten vorgesehen. Sobald nähere Informationen vorliegen, erfolgt eine Berichterstattung.

## 5.2 Aufbau eines Sozialmonitorings

Die zukünftige Berichterstattung soll in den nächsten Jahren verfeinert werden. Anhand von Indikatoren, die regelmäßig erfasst und systematisch aufgearbeitet werden, sollen Ziele und Maßnahmen sowie deren Evaluation abgeleitet werden können.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit des Städte- und Gemeindebundes NRW hat in seiner Sitzung am 21. April 2010 zu dem Thema des kommunalen Sozialmonitorings als Grundlage sozialräumlicher Gestaltung in der Jugend- und Sozialpolitik einen Beschluss gefasst. In einer Empfehlung wird den Städten und Gemeinden die Nutzung eines kommunalen Sozialmonitorings als Instrument einer kontinuierlichen Sozialplanung und –berichterstattung, um damit die Lebenslagen und die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe in den Wohnquartieren abzubilden sowie die infrastrukturelle, leistungsbezogene und finanzielle Steuerung im Sozialraum zu verbessern, geraten. An der Erarbeitung des Beschlussvorschlages hat ein Vertreter der Stadt Herten mitgearbeitet.

Weitere Empfehlungen zu einheitlichen Vorgehensweise werden vom Städte- und Gemeindebund folgen.

Die Verwaltung wird die Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes NRW bei dem Aufbau der Berichterstattung berücksichtigen. In der Zwischenzeit wird das kleine Kennzahlenset im Bereich der sozialen Hilfen verfeinert.

## **6. Ausblick**

Der Armuts- und Reichtumsbericht mit den Daten für das Jahr 2010 wird im November des nächsten Jahres vorgelegt. Dabei soll auf das Thema „Reichtum“ verzichtet werden.

Im Themenbereich „Reichtum“ lassen sich wenig aussagekräftige Zahlenreihen aufbereiten, die auch lediglich alle 5 Jahre aktualisiert werden. Aus diesem Grunde wird auf die bisherige Form der Berichterstattung in Form einer Tabelle der Großverdiener und Einkommensmillionäre verzichtet.

Die weitere Berichterstattung fokussiert damit den Schwerpunkt „Armut“. Als Berichtstitel ist damit **„Sozialberichterstattung zum Thema Armut“** vorgesehen.

## **Anlage:**

Datenerhebung – Stichtag 31.12.2009